

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Otterberg,

wir wenden uns heute wieder per Bürgerbrief an Sie, um Sie auf direkte Weise zu informieren.

In seiner Sitzung vom 4.11. d.J. hat sich der Stadtrat Otterberg mit überwältigender Mehrheit - nur Grüne und Linke stimmten dagegen - einem Antrag der CDU-Stadtratsfraktion angeschlossen, nach dem das Umweltministerium und die Landesregierung Rheinland-Pfalz dazu aufgefordert werden, von ihren Plänen zur Errichtung von Windkraftanlagen im Otterberger Wald Abstand zu nehmen. Damit ist ein großes Stück unseres Weges geschafft und darauf sind wir sehr stolz, denn die CDU hat sich als erste Partei klar gegen die Verschandelung unseres Waldes positioniert. Am Ziel sind wir damit aber noch nicht.

Auch wir sind für Klimaschutz und befürworten die Nutzung von regenerativen Energien, aber eben nur dort, wo die Natur nicht in unvertretbar hohem Maß in Mitleidenschaft gezogen wird. Im Otterberger Wald überwiegen die Nachteile in erheblichem Maß. Da eine Stadtrats-Mehrheit gegen die Pläne des grünen Umweltministeriums zunächst nicht sicher schien, haben wir uns für eine Bürgerinfoveranstaltung eingesetzt, die infolge der Pandemie auf zwei Abende verteilt stattfand. Die Zeit bis zur entscheidenden Stadtratssitzung nutzte die neu gegründete Bürgerinitiative Messerschwanderhof unterdessen, um über 3300 Unterschriften gegen das Projekt zu sammeln. Deren Mitglieder danken wir sehr herzlich. Letztlich sprechen damit sowohl die übergroße Stadtratsmehrheit als auch die lange Liste von Unterschriften eine klare Sprache:

Wir Otterbergerinnen und Otterberger lehnen die Errichtung eines Windparks in unserem Wald ab!

Die Drohungen von Seiten des Umweltministeriums, das Land werde seine Flächen im Staatswald auch dann zur Verfügung stellen, wenn sich die Stadt Otterberg gegen die Errichtung ausspricht, wurde bisher noch nicht zurückgenommen. Ganz im Gegenteil. Wie von ihren Parteifreunden in Otterberg trotzig vorausgesagt, stemmt sich das grüne Ministerium bislang nicht nur gegen jede Vernunft, sondern auch gegen alle demokratischen Gepflogenheiten. Wie ernst

man es im Umweltministerium mit rechtstaatlichen Grundregeln nimmt, wird gerade durch den langjährigen massiven Rechtsbruch im Zusammenhang mit Beförderungen dokumentiert. Die höchst-richterlich festgestellte Ämterpatronage und Vetternwirtschaft in mindestens 160 Fällen und über die Dauer eines Jahrzehnts zeigt in aller Deutlichkeit, was von den Verantwortlichen im Ministerium zu erwarten ist. Alles andere als der **sofortige Rücktritt von Ministerin Höfken samt ihres Staatssekretärs Griese** ist blanker Hohn.

Dass dieses Verhalten durch unsere Ministerpräsidentin Frau Dreyer nicht umgehend gerügt, sondern sogar noch gedeckt wurde, ist allerdings kaum zu glauben. Wir erwarten, dass Frau Dreyer ihrer Verantwortung gerecht wird und sich von solchen Rechtsbrüchen klar distanziert, sonst lässt sie zu, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat beschädigt wird.

Die Ankündigung des Rückzugs von Frau Höfken ab März ist noch keine Lösung für das Windparkproblem, wir brauchen nach wie vor jede Unterstützung. Nach langem Zögern hat sich zuletzt auch der Landtagsabgeordnete Wansch endlich der Forderung des Otterberger Stadtrats angeschlossen. Besser spät als nie. Allerdings erwarten wir nun, dass er als gewählter Vertreter unserer Region auch sichtbar und hörbar für Otterbergs Belange in Mainz eintritt und sich entschieden gegen die Pläne der Landesregierung positioniert – nur die Übergabe eines Briefes an Frau Höfken kann und darf nicht alles sein!

Die von den Grünen verbreitete Geschichte über die vermeintliche Sanierung des Stadthaushalts durch einen Windpark im Otterberger Wald zeigt leider auch die Achillesverse unserer Stadt. Denn die hohe kommunale Verschuldung soll schamlos als Argument zur Durchsetzung ideologischer Projekte ausgenutzt werden. Diese ist eine Folge der völlig inadäquaten Finanzausstattung durch das Land, wie das OVG jüngst urteilte. Auch im Hinblick auf eine **gerechte Kommunalfinanzierung** wäre ein entschiedenes Eintreten unseres Landtagsabgeordneten nicht nur wünschenswert, sondern eine Notwendigkeit. Als Mitglied im Kreistag Kaiserslautern kennt er unsere Haushaltssituation und als Vorsitzender im Haushalt- und Finanzausschuss des Landtages trägt er Mitverantwortung für das Finanzgebaren des Landes! Hier zählt nicht Reden, sondern Handeln!

Liebe Otterbergerinnen und Otterberger,

Unsere Positionen:

- Wir wenden uns gegen alle Versuche, Windräder im gesunden Otterberger Wald zu errichten und damit gegen die Pläne des Umweltministeriums und der Grünen zur Kommerzialisierung unseres Waldes
- Wir erwarten eine zügige Antwort des Umweltministeriums und der Landesregierung auf den Beschluss des Otterberger Stadtrats sowie eine Einstellung aller Windparkpläne auf Otterberger Waldflächen
- Wir fordern den sofortigen Rücktritt von Umweltministerin Höfken und ihres Staatssekretärs Griese infolge der durch das OVG festgestellten langjährigen und groben Rechtsverstöße im Umweltministerium und eine klare Distanzierung der Ministerpräsidentin
- Wir fordern eine gerechte kommunale Finanzausstattung durch die Landesregierung für den Kreis Kaiserslautern und die Stadt Otterberg, um Erpressungspotenziale zu beseitigen und unsere kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten
- Keine Bevormundung durch die Industrie und Umweltschutz-Ideologen, sondern Bürgerbeteiligung und Berücksichtigung demokratischer Gepflogenheiten!

Liebe Otterbergerinnen und Otterberger, wir bedanken uns bei Ihnen für das uns entgegengebrachte Vertrauen sowie die Unterstützung der Bürgerinitiative „Pro Otterberger Wald“.

Mehr Infos finden Sie auf www.cdu-otterberg.de und auf unserer facebook-Seite

V.i.S.d.P.: Jana Naundorf Assuncao, Alte Gärtnerei 3, 67697 Otterberg

Bürgerbrief

der

CDU Otterberg



CDU

